

10.6.2021 - [Gesetzgebung](#)

Bundestag konnte sich nicht einigen

Für die aktuelle Legislaturperiode ist das Vorhaben, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern, gescheitert. Nach Angaben von Justiz- und Familienministerin Christine *Lambrecht* konnten sich die Parteien im Bundestag nicht auf eine Formulierung für eine entsprechende Verfassungsänderung einigen. Die Union und Teile der Opposition wollten dem **gefundenen Kompromiss nicht zustimmen**. Für die Grundgesetzänderung wäre eine Zweidrittelmehrheit notwendig gewesen. Lambrecht bedauere, „dass der Streit über Detailfragen ein so wichtiges Vorhaben verhindert habe.“

Regierungsentwurf wurde stark kritisiert

Der Gesetzentwurf ging aus dem [Abschlussbericht einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe](#) hervor. Er setzt die [Einigung auf einen Regelungstext](#) um, welche eine vom Koalitionsausschuss eingesetzte Arbeitsgruppe am 12.1. erzielt hatte. Die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz wurde im [Koalitionsvertrag](#) vereinbart.

Zweifel an der Notwendigkeit des geplanten Gesetzes bzw. Kritik am Gesetzentwurf gab es von vielen Seiten (s. auch [FamRZ-Newsletter 3/2021 "Kinderrechte im Grundgesetz"](#) mit einem Editorial von Dagmar *Coester-Waltjen*). Zuletzt machten in einer [öffentlichen Anhörung des Familienausschusses](#) mehrere Sachverständige auf eine Reihe ihrer Meinung nach **vorhandener Mängel** aufmerksam.

Drucksachen:

[BR-Drucks. 54/21 \(Gesetzentwurf\)](#)

[BT-Drucks. 19/28138 \(Gesetzentwurf\)](#)

Zum Weiterlesen:

[Kinderrechte ins Grundgesetz](#) - Thema erneut auf der Tagesordnung des Bundesrates

[Kinderreport 2018 des Deutschen Kinderhilfswerkes](#) - Bevölkerung fordert umfangreiche Maßnahmen gegen Kinderarmut

[Kinder und Jugendliche wollen gehört und beteiligt werden](#) - Studie „Children's Worlds+“ zeigt Situation Minderjähriger

[DKSB fordert Grundrechtsverankerung der Kinderrechte](#) - Für ein besseres Kinder- und Jugendhilferecht

[Kinderrechte in Deutschland: Maßnahmen und Fortschritte](#) - Bundesregierung legt Bericht vor

[NRW startet Bundesratsinitiative für Kinderrechte im Grundgesetz](#) - Gesetzesantrag am 31.3.2017 im Bundesrat

[Geplantes Kinder- und Jugendstärkungsgesetz in der Kritik](#) - Heute im Bundestag Nr. 378 vom 20.5.2017